

# Initiative will „Ausverkauf“ stoppen

## Privatisierungsgegner sammeln ab Montag 25 000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren

*(Leipziger Volkszeitung vom 30. August 2007)*

**Die Teilprivatisierung der stadteigenen Leipziger Firmen wird immer spannender: Jetzt hat eine Bürgerinitiative angekündigt, dass sie ab nächster Woche Unterschriften für ein Bürgerbegehren sammeln wird, um „den Ausverkauf unserer Stadt“ zu stoppen. Hinter der Initiative stehen Vereinen, Parteien und die Gewerkschaft Verdi.**

Die „Initiative für ein Bürgerbegehren“ gibt es bereits seit eineinhalb Jahren, und sie hat auch schon öffentlich auf sich aufmerksam gemacht. So war im November erwogen worden, ein Bürgerbegehren gegen den Ratsbeschluss zur Privatisierung der Stadtwerke zu starten (die LVZ berichtete). „Wir hätten damals die notwendigen Unterschriften in nur sechs Wochen sammeln müssen – das wäre wegen der Weihnachtszeit schwierig geworden“, sagt Mike Nagler, Diplom-Architekt und Mitglied der Initiative. Jetzt sei der Zeitpunkt günstiger. „Während die Stadt damals nur über einen Anteilsverkauf der Stadtwerke geredet hat, ist inzwischen klar, dass außerdem die Wasserwerke, die Leipziger Verkehrsbetriebe und vielleicht sogar die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft privatisiert werden sollen“, sagt Wolfgang Franke, Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik und Mitglied der Bürgerinitiative. Deshalb sei die öffentliche Aufmerksamkeit enorm gewachsen: Nicht nur die betroffenen Mitarbeiter und deren Freunde würden die Entwicklung aufmerksam verfolgen, sondern auch die übrige Bürgerschaft. „Die Leute haben mitbekommen, dass hier kein Leipziger Tafelsilber verkauft wird, das entbehrbar ist, sondern das Geschirr und Besteck, mit dem wir essen“, meint Franke. „Und dass wir nach der Privatisierung sogar für den Teller zahlen werden müssen, von dem wir essen.“ Weil künftig ein Großteil der Erlöse der Stadt- und der Wasserwerke in private Taschen fließen, würde weniger Geld für die Leipziger Verkehrsbetriebe zur Verfügung stehen. „Das wird nicht nur die Tarife in die Höhe treiben, sondern auch zu Linieneinstellungen führen“, meint Mike Nagler.

Die Privatisierungsgegner haben auch ihre Taktik geändert. „Wir streben jetzt kein ‚kassierendes‘, sondern ein ‚initiiertes Begehren‘ an, das keine Fristen für die Unterschriften-Sammlung setzt und nicht nur gegen die Teilprivatisierung der Stadtwerke gerichtet ist, sondern sich auf alle städtischen Betriebe bezieht“, so Nagler. Dadurch habe die Initiative ausreichend Zeit, das selbstgesteckte Ziel von 25 000 Unterschriften zu erreichen.

Nagler, Franke & Co. betonen auch, dass sie keinem politischen Spektrum angehören würden. „Wir wollen niemanden ausgrenzen“, sagt Franke. „Für unsere Auftakt-Veranstaltung am Montag ab 18 Uhr auf dem Nikolaikirchhof haben wir zum Beispiel auch die Leipziger SPD, die CDU und die FDP eingeladen, die sich bislang für die Privatisierung aussprechen. Wir wollen sie mit unseren Argumenten überzeugen.“

Wenn die Initiative bis zum Herbst die anvisierten 25 000 Unterschriften zusammen haben sollte, könnte sich der Stadtrat theoretisch der Meinung der Unterzeichner anschließen und den im Herbst beabsichtigten Verkauf der Stadtwerke-Anteile zu den Akten legen. „Das ist zum Beispiel im Landkreis Meißen geschehen, als dort die Elblandkliniken veräußert werden sollten“, berichtet Nagler. „Der Kreistag hat sich dem Willen der Bürger angeschlossen.“

Geschieht dies in Leipzig nicht, könnte die Bürgerinitiative gestützt auf die Unterschriften von mindestens fünf Prozent der Leipziger Wahlberechtigten einen Bürgerentscheid anstrengen (siehe Kasten). „In Freiburg wurde durch so einen Bürgerentscheid der Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft verhindert“, sagt Nagler.

Dass ihnen dies in Leipzig nicht leicht fallen wird, hat die Initiative bereits festgestellt. „Wir wollten im Amtsblatt der Stadt unsere Auftakt-Veranstaltung am Montag bekannt machen“, erzählt Nagel. „Dort wurde uns ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, dass die SPD das nicht wolle und unsere Veranstaltung nicht abgedruckt wird.“

*Andreas Tappert*

Das Büro der Initiative Bürgerbegehren befindet sich in der Marschnerstraße 5, die Rufnummer lautet 0341 2247531. Im Internet ist sie unter [www.buergerbegehren-leipzig.de](http://www.buergerbegehren-leipzig.de) zu finden.



Bild LVZ